DER BREMER ANTIFASCHIST

DM 1,-

Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

November 11/1998

Wie ich den 9. November 1938 am Tag darauf erlebte

Zufällig war ich bei der Großmutter in der Thedinghauser Straße, also in der Neustadt, zu Besuch. Ich war damals 9 1/2 Jahre alt. In einem Nebenzimmer spielte ich mit der Cousine, deren Mutter auch da war. Aber aus dem Spielen sollte es schon bald nichts mehr werden. Zuviel Unruhe war in den angrenzenden Wohnräumen. Zuviel aufgeregtes Hin- und Herlaufen. Das aufgeregte Reden der Oma mit ihrer Tochter, meiner Tante, wurde immer lauter und heftiger und hörte sich so an:

Tante: "Das tust du nicht". - Oma: "Das tu ich doch". - Tante: "Du wirst ja sehen, was dabei herauskommt. Die Polizei wird kommen ..." - Oma: "Das ist mir egal". Tante: "Dann nimm aber den Karl-Heinz mit, wenn dann etwas ist, dann kann er wenigstens Bescheid sagen, damit wir wissen, was ist".

Jetzt war ich hellwach. Um was es ging, wußte ich zwar nicht genau. Ich sollte aber der Oma beistehen in einer Protestaktion, bis die Polizei kommt. Angst hatte ich nicht. Aber aufgeregt war ich schon.

Bald hieß es: "Anziehen, wir gehen in die Stadt". So erreichten wir die Balgebrücke, Ecke Marktstraße, Nordseite. Dort standen viele Menschen nebeneinander, nicht in Gruppen (!) und unterhielten, bzw. informierten sich über den Brand eines Gebäudes auf der anderen Seite. Nachdem man auch uns so informiert hatte, ging die Oma mit mir an der Hand vor den nebeneinander stehenden Menschen auf und ab und sagte mit erhobener Stimme sinngemäß, was das denn solle (!?), das seien doch ordentliche Menschen, die niemandem etwas getan hätten usw., immer hin und her gehend. Schließlich trat eine Frau aus der Reihe und sagte: "Aber gute Frau, so beruhigen sie sich doch. Ja, ja, ist ja schon gut. Aber seien sie doch ruhig", usw. Aber die Oma ließ nicht locker, sie redete weiter, unentwegt. Aber dann löste sich ein Mann aus der Reihe. Teilnahmslos hatte er bis jetzt dagestanden und zugehört. Plötzlich trat er vor.



Diskussion am Strand der VVN-BdA in Gröpelingen zur Bundestagswahl

"Wissen Sie überhaupt, was Sie da sagen? Wissen sie überhaupt, was das ist, was Sie hier machen? Ist hier denn kein Schutzmann? Melden sollte man Sie". Aber Oma ließ nicht locker. Sie gab Kontra. Mich fest an der Hand. Jetzt war es soweit. Der sollte mal was tun. Aber er tat nichts. Da Oma nicht nachgab, wandte er sich ab mit den Worten: "Sie werden schon sehen", und ging in Richtung Innenstadt weg. Jetzt bildete sich ein halber Ring von diskutierenden und auf Oma einredenden Leuten. Die Frau wieder als Wortführerin. Flehentlich sagte sie jetzt: "Aber so gehen Sie doch. Haben Sie nicht gehört !? Machen Sie sich nicht unglücklich, noch haben Sie Zeit. Bald werden sie hier sein". Oma wollte nicht, und ich schon gar nicht.

Aber das Drängen auf unseren Abzug ließ nicht nach. Hatte man sich nicht schon solidarisch mit der Oma gezeigt? Würde man nicht mit verhaftet werden? "So gehen Sie doch, bevor es zu spät ist!" Sinngemäß waren es die zuvor geäußerten Worte der Tante, die sich jetzt wiederholten und die so doppelte Wirkung hatten. Oma wollte nicht. Aber schließlich hatte das eindringliche Reden doch Erfolg.

Es muß zur Omas Ehre jedoch gesagt werden, es war keine Flucht. Wir gingen genau in die Richtung, in die der Mann weggegangen war. Ich erinnere mich, auf der einen Seite war ich enttäuscht, auf der anderen Seite konnte es ja sein, daß er mit Polizei zurückkam. Was nicht der Fall war. Ob es anschließend noch nach Karstadt ging, dem Spielzeugparadies, daran erinnere ich mich nicht mehr.

In Erinnerung geblieben sind nur die Kindheitsgeschichten, die mit außerordentlicher Aufmerksamkeit und Spannung verbunden waren. Wie z.B. - aber davon ein andermal.

Karl-Heinz Kröger

Veranstaltungen zur Reichspogromnacht

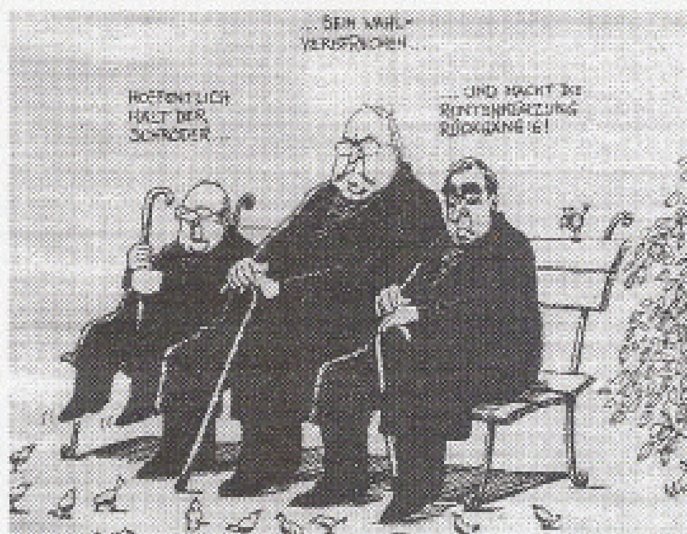
Am **Montag, den 9. November,** findet unsere Veranstaltung zum Gedenken an die Opfer der Reichspogromnacht vor 60 Jahren statt. Wir treffen uns um 17.00 Uhr am **Rosenakhaus** in der Gröpelinger Heerstraße./Ecke Morgenlandstraße. Bitte Blumen mitbringen.

Am **Dienstag**, den **10. November,** findet zwischen 18 und 21 Uhr eine Veranstaltung unterschiedlicher Träger zum Thema Reichspogromnacht in verschiedenen Räumen des **Rathauses** statt. Die Veranstaltung steht unter dem Motto »Nacht der Jugend«.

Buchbesprechung: „Rechte Frauen“

Der Sammelband „Rechte Frauen“ ist der bislang umfangreichste Versuch, frauenspezifische Fragen in Zusammenhang mit rechtskonservativer und neofaschistischer Politik zu klären.

In einem ersten Teil werden rechte ideologische Strömungen, bzw. solche Strömungen diskutiert, die Überschneidungen zu rechten Ideologien aufweisen. Die „Angebote“, die Frauen darin gemacht werden, sind vielfältig und widersprüchlich, kreisen aber im wesentlichen um die altbekannten Rollen „Mutter“ und „Haushüterin“. Zur Sprache kommen im einzelnen konservativ - reaktionäre (hier wird ausführlich auf die Bremer CDU-Politikerin Elisabeth Motschmann eingegangen), neuheidnische und ökofeministische Ansätze wie auch rechte Ideologinnen und Politikerinnen, die für eine Rolle der Faschistin als „Kämpferin“ eintreten. Vor allem diese „Aktiven“ und Funktionärinnen haben es den Autorinnen des Sammelbandes angetan.



Es ist in der Tat schwer nachzuvollziehen, wie Faschistinnen innerhalb faschistischer Zusammenhänge für „Gleichheit“ zwischen den Geschlechtern eintreten, doch nur mit dem Ziel, die anderen faschistischen Ungleichheitsdogmen um so intensiver umsetzen zu können.

In einem zweiten Teil werden Statistiken zu rechten Einstellungen unter Frauen vorgestellt und die konkreten Aktivitäten von Frauen in der militant - neonazistischen Szene und in den Wahlparteien analysiert.

Die Ergebnisse sind uneinheitlich, zeigen aber, daß sehr wohl Frauen, z.T. sogar in höheren Positionen, in diesen Organisationen tätig sind und sich keineswegs nur auf die Bearbeitung sogenannter Frauenthemen beschränken. Von den intern durchweg sexistischen Umgangsarten lassen sie sich offenbar auch nicht davon abhalten, sich selbst für Neofaschismus einzusetzen. Unterbelichtet bleibt, daß es jedoch nur winzige Ansätze für in Maßen eigenständige Frauenorganisationsstrukturen gibt, was doch im Vergleich zur Situation vor 1933 auffällig ist.

Leider wird den eher hintergründig wirkenden neofaschistischen Organisationen keine Analyse gewidmet. Gerade hier ist z.B. mit der „Stillen Hilfe“, der Hilfsorganisation für NS-Verbrecher, eine Gruppe am Werk, die seit Jahrzehnten zum Großteil durch alte Nationalsozialistinnen geprägt und angeleitet wird. Es würde mich nicht wundern, wenn sich auch in anderen „helfenden“ Gruppen verhältnismäßig viele Frauen finden lassen.

Ein weiterer Text kritisiert den fragwürdigen gesellschaftlichen Umgang mit dem Thema „Frauen und Rechtsextremismus“. Nach Jahrzehnten des Desinteresses werden seit einigen Jahren auf einmal reißerische Thesen auf den Markt geworfen. (Das überzogen polemische Titelbild des Sammelbandes ist dafür aber auch selbst ein abschreckendes Beispiel.)

Ein abschließender Serviceteil hebt mit Kurzbiographien, einer Literaturauswahl, Adressen und Registern den Gebrauchswert noch einmal deutlich an.

Der Band „Rechte Frauen“ schleppt bei all seinen informativen Recherchen und differenzierten Analysen aber auch einige Probleme mit sich herum. Die Herausgeberin und einige der Autorinnen messen nämlich den neofaschistischen „Kämpferinnen“ (s.o.) der Gegenwart viel zu viel Bedeutung zu.

Zur Untermauerung beziehen sie sich auf erst kürzlich wieder entdeckte faschistische Autorinnen der 20er und 30er Jahre, die den NS zwar mitgetragen, jedoch Mitsprache für die „deutsche Frau“ gefordert haben. Diese Nazissen als „Nationalfeministinnen“ zu bezeichnen scheint mir sachlich abwegig wie politisch schädlich. Diese rechten Exoten sind nämlich selbst unter Neofaschistinnen vergessen. Die historisch relevanten, nämlich die bereits vor 1933 zur Massenbewegung angeschwollenen NS Frauen- und Mädchenorganisationen, sind hingegen überhaupt nicht im Blick. Was ist eigentlich nach 1945 aus all den Funktionärinnen von BDM- und NS-Frauenschaft geworden? Auch vermißt man nach der ganzen Forschungsarbeit ein zusammenfassendes Kapitel „Folgerungen für antifaschistische Politik“. Statt dessen wird die „akzeptierende Sozialarbeit“, diesmal mit rechten Mädchen, herausgehoben. Die Herausgeberin diskutiert ferner (auf etwas akademische Weise) Fragen von „Gleichheit“ und „Ungleichheit“, die sich aus den erkannten Widersprüchen rechter (Frauen-) Ideologie und Praxis ergeben. Sie warnt einerseits vor „*vorschnellen vereinheitlichenden Gruppen- und Identitätsvorstellungen*“, will sagen vor zuviel Selbstgewißheit und Bündnissen, z.B. mit „*Bruder Arbeiterbewegung*“. Dies „*sollte jedoch in der Praxis nic[ht] dazu führen, unfähig z[u] notwendigen Bündnissen und Akten der Solidarität zu werden.*“ (S. 94f)

Renate Bitzan (Hg.): **Rechte Frauen. Skingirls, Walküren und Feine Damen**, Elefanten-Press 1997, 310 Seiten

Thomas

Georg Elser

In Bremen-Nord hat sich zu Beginn des Jahres eine Georg-Elser-Initiative gebildet, die das Ziel verfolgt, sein Vermächtnis nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Der Schreinergeselle aus dem württembergischen Königsbronn hatte am 8. November 1939 vergeblich versucht, Adolf Hitler im Münchner Bürge[r]bräukeller durch eine Bombe zu töten. Er wurde noch am gleichen Abend an der Schweizer Grenze gefaßt. Nach jahrelanger Einzelhaft im KZ Sachsenhausen wurde er am 9. April 1945 im KZ Dachau ermordet.

Eine Wanderausstellung unter dem Titel "Ich habe den Krieg verhindern wollen" wird am 11.11.1998 um 19.00 Uhr im Bürgerhaus Gustav-Heinemann in Vegesack von der Elser-Initiative, Henning Scherf und Prof. Peter Steinbach eröffnet. Die Ausstellung ist bis zum 30.11. im Bürgerhaus zu sehen. Am 13.11. findet dort ab 19.30 Uhr ein kulturpolitischer Abend statt, mit Altbürgermeister Hans Koschnick, einer Tanzperformance mit Jürgen Müller-Othzen, einem Essay von Bernhard Wimmer (Königsbronn) und einem Gedenkstück für Instrumentalisten und Sprecher von Bernd Krause (Elser-Initiative). Der Film "Der Attentäter" von Rainer Erler findet im KINO 46 statt.

Raimund

Eine Republik vor Gericht

Erinnerungen eines unbequemen Rechtsanwaltes - von Heinrich Hannover

Etwa 200 Gäste waren am 06. Oktober in die Stadtbibliothek Bremen-Neustadt gekommen, um den bekannten Rechtsanwalt Heinrich Hannover zu seinem Buch "Die Republik vor Gericht - Erinnerungen eines unbequemen Rechtsanwalts" zu hören.

Eröffnet wurde der Abend von einer Vertreterin des Aufbau-Verlages Berlin. Sie brachte ihre Freude darüber zum Ausdruck, daß der Autor sich für den ehemaligen DDR-Verlag entschieden hatte. Dann sprach Bürgermeister Henning Scherf (SPD). Er, der gerade vor einigen Tagen F.J. Strauß als "hochgelehrten, geistreichen und netten liberalen Menschen" gelobt hatte, betonte nun seine Hochachtung für Heinrich Hannover, dem er mutiges, konsequentes Eintreten für die Grundrechte und die demokratischen Rechte der Angeklagten bescheinigte, die er vertreten habe.

Aus dem Publikum kam daraufhin der Zuruf: Er möge seinem Innensenator Borttscheller (CDU) doch das Buch Heinrich Hannovers zum gründlichen Studium empfehlen, damit dieser sein innenpolitisches Handeln endlich an der Bremer Landesverfassung und der demokratischen Gesetzlichkeit ausrichte. Gemeint waren die rigorosen Versuche Borttschellers, Asylbewerber nach Togo abzuschieben.
Heinrich Hannover hatte sich für die Lesung den Abschnitt aus seinem Buch ausgewählt, der sich mit dem Leben des Kommunisten Willi Meyer-Buer befaßt. Zwölf Jahre war Willi Meyer-Buer Abgeordneter der Bremischen Bürgerschaft. Selbst von seinen politischen Gegnern als hervorragender Demokrat geschildert, stand er 1963 vor Gericht, weil er es gewagt hatte, als unabhängiger Kommunist zur Bundestagswahl 1961 zu kandidieren.

Außerordentlich beeindruckend schilderte der Autor den Lebenslauf des aufrechten Kämpfers gegen Krieg und Faschismus und für ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland. Deutlich wurde in dieser Lesung die Kontinuität der Rolle der Justiz im Kaiserreich, in der Weimarer Republik, im Nazideutschland und in den Jahren der Bundesrepublik bis heute. Immer standen Menschen wie Willi Meyer-Buer vor Gericht, wurden verfolgt und eingekerkert. Immer wurden diejenigen, die - ob als Politiker, Generäle oder Juristen - an Krieg und diktatorischen Regimen schuld waren, freigesprochen, bekamen hohe Renten und übernahmen wieder leitende Funktionen.
Anhaltender Beifall für Heinrich Hannover und der reißende Absatz seines Buches waren der Dank an den Autor.

Herbert

Entschädigung – nach mehr als 50 Jahren !

Am 13.Mai 1998 teilte der „Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte" in Köln unserem Kameraden François de Beaulieu mit, daß die Oberfinanzdirektion Köln ihm nunmehr eine Entschädigung in Höhe von 7.500.- DM bewilligt habe. „Damit gehören Sie zu den ersten Opfern der NS-Militärjustiz, denen eine Entschädigungszahlung gewährt wird.

Wir sind uns der Jahrzehnte, die Sie auf diese Anerkennung warten mußten, schmerzhaft bewußt (...) Bis heute weigert sich die Bundesregierung beharrlich, die angemessene Begleitung und Unterstützung von Verfolgten des Nationalsozialismus in Entschädigungsverfahren sicherzustellen."

Eine Woche zuvor hatte die Oberfinanzdirektion Köln dem Bundesverband mitgeteilt, daß „nach eingehender Prüfung der Angelegenheit" feststehe, daß Herrn de Beaulieu eine Entschädigung zustehe, da er „wegen Wehrkraftzersetzung verurteilt worden ist." François de Beaulieu war 1943 in Torgau zu sieben Monaten Haft und Strafbataillon verurteilt worden, da er Abschriften der Rede des Bischofs von Galen, von Pfarrer Reinhold Schneider u.a. gefertigt und Freunden zugeleitet hatte.



Bis in die 60er Jahre wurde politischen, rassistischen und religiösen NS-Opfer eine Haftentschädigung in Höhe von 5,- DM pro Tag zugesprochen. Mit der Änderung des Bundesentschädigungsgesetzes konnte zudem ein Lohnausfall mit 5,30 DM pro Tag abgegolten werden. François de Beaulieu z.B. erhielt im März 1950 für sieben Monate und 18 Tage Haft 1.140 DM zugesprochen. Dreizehn Jahre später erhielt er für das 1943/45 entgangene Pfarrersgehalt und die Verteidigungskosten vor dem Wehrstrafsenat insgesamt 6.320 Reichsmark berechnet, die im Verhältnis 10:2 abgewertet wurden.

Das ergab in DM 1.264,- Entschädigung. Im Grunde genommen erhielt er durch die Härtefallregelung im Mai die bloßen Aufwendungen erstattet. Vielen Zwangsarbeitern aber wird auch trotz bestehen der Regelung der Arbeitslohn vorenthalten. Eine Industriestiftung ist längst überfällig. Und der Lohnanspruch sollte auch den Hinterbliebenen ausgezahlt werden können.

Raimund

Bremisches vor fünfzig Jahren

Im Weser-Kurier vom 09.03.1998 war unter der Rubrik *«Bremisches vor 50 Jahren»* folgendes zu lesen:

„Auf dem Ehrenplatz für die Opfer des Faschismus des Osterholzer Friedhofes wurde gestern die aus Berlin überführte Urne des Bremer Antifaschisten Karl Metz von Mitgliedern des VVN beigesetzt.

Am 22. November 1943 wurde Metz, ein Arbeiter, in Berlin-Plötzensee hingerichtet. Der „Volksgerichtshof" verurteilte ihn am 22. Oktober 1943 wegen „Zersetzung der Wehrkraft und Feindbegünstigung" zum Tode.

Als Mitglied der KPD kämpfte er während der Hitlertyrannei illegal gegen Militarismus und Krieg."

Gerold

Skingirls üben weiter

Über den aktuellen Stand des betreuten Skinheadprojektes im Delmenhorster Jugendfreizeitheim „Villa" gibt das neofaschistische Musikmagazin „Rock-Nord" Auskunft. In der Ausgabe 6-7/98 wird die rechte Musikgruppe „Froidenspender" als eine „patriotische Frauenkombo" vorgestellt. Die Frage nach der Unterbringung in der „Villa" beantwortete „Froidenspender" wie folgt:

„Wir sind den Proberaum nicht losgeworden, wir proben da nach wie vor. Wir haben ihn vor fünf Jahren von den Boots Brothers übernommen... Entgegen unseren Vermutungen haben uns die Sozialarbeiter voll in der Sache und mit dem Proben unterstützt. Und die Zecken, die Randale gemacht haben, durften nicht mehr kommen."

Zur Vorgeschichte muß man wissen, daß in der Villa bereits 1989 eine Gruppe rechter Skinheads einquartiert wurde, obwohl dort zum damaligen Zeitpunkt eine Antifa-Gruppe einen Gruppenraum hatte. Die Villa wurde trotz oder wegen - das sei hier nicht entschieden - dort betriebener „akzeptierender Jugendarbeit" zum Anziehungspunkt für die rechte Szene Delmenhorsts. Die lokalen Rechten fanden Anschluß insbesondere an die „Nationalistische Front" und vor allem den „Deutschen Kameradschaftsbund", der Weser-Ems-Abteilung der neonazistischen Szene. Beide Organisationen sind mittlerweile verboten. An zahlreichen Übergriffen und Gewalttätigkeiten auf ungenehme Jugendliche, eine Buchhandlung und Menschen aus Flüchtlingsinitiativen waren 1992/93 auch die Mitglieder der „Boots Brothers" beteiligt.

Ein Schlaglicht wirft das Interview auch auf die Rolle von Frauen in der Szene. Die Musikerinnen von „Froidenspender" geben sich alle Mühe als echte „Patriotinnen" durchzugehen, doch die Macher von „Rock-Nord" danken es ihnen nicht. Obwohl sie sich in die Kontinuität rechter norddeutscher Musikgruppen stellen und als Lieblingsstück u.a. „White Revolution" der Gruppe „Final Solution" (zu deutsch: „Weiße Revolution" der Gruppe „Endlösung") angeben, werden sie von den Interviewern übel an- und runtergemacht.

Thomas (AG Neofaschismus)

Protest gegen Personalmangel in der Ludwigsburger Zentralstelle

Die beiden Bundessprecher der VVN-BdA, Ulrich Sander und Peter Gingold, protestieren in einem Brief an die Innen- und Justizminister der Bundesländer gegen den Personalmangel bei der Zentralstelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen in Ludwigsburg. Insgesamt hat nach Angaben ihres Leiters die Zentralstelle nur ca. 25 Mitarbeiter (einschließlich Reinigungskräfte) und so gut wie keine Technik.

Damit kann die Zentralstelle die von ihr seit 01.01.1996 geforderte Aufgabe, der Aufspürung von Beziehern von Kriegsopferrente, die diese aufgrund ihrer NS-Verbrechen zu Unrecht beziehen, nicht mehr erfüllen.



Montage: SoZ

Die Bundessprecher machten auch praktische Vorschläge zur Beseitigung des Notstands. Die Feststellung von unberechtigten Rentenbeziehern könnte anhand der vorhandenen Listen der Träger des NS-Bandenkampfabzeichens z.T. erleichtert werden, da dieses immer noch rechtmäßig getragene Abzeichen ein Hinweis auf die Beteiligung am Holocaust ist.

Weiterhin forderten sie die Abstellung von Mitarbeitern und Technik der sogenannten "Gauck"-Behörde an die Ludwigsburger Zentralstelle. Die "Gauck"-Behörde, die für Sichtung und Bereitstellung von Unterlagen des ehemaligen "Ministeriums für Staatssicherheit" der DDR zuständig ist, hat in den östlichen Bundesländern 3.400 Planstellen und einen Jahresetat von hundert Millionen DM.

Hinter diesem Ungleichgewicht sehen die VVN-Sprecher das fehlende Interesse der Regierenden in der BRD an der Aufklärung von NS-Verbrechen, des Rentenstopps an Naziverbrecher und der Wiedergutmachung an NS-Opfer.

Auch die Ausweitung der Kriegsverbrechersuche auf die Zentralstelle für die Aufklärung von NS-Verbrechen in Arolsen sowie auf das Militärgeschichtliche Forschungsamt in Freiburg und Potsdam, steht auf der Forderungsliste von Peter Gingold und Ulrich Sander.

Ulrich St.

Dem sicheren Tod entgegen

Die Debatte um die Genkonvention des Europarates erfaßt auch Bremen. Die Gefahr besteht, daß mit ihr der Weg zur Selektion von Leben frei wird. Ein Blick auf unsere Vergangenheit sollte uns zur Vorsicht mahnen. Die Ausgliederung Behinderter aus der Gesellschaft begann in Bremen 1933 mit 6.000 erbgenetischen Gutachten und führte über richterliche Beschlüsse zur Zwangssterilisation von 1.500 PatientInnen. Am 6.12.1939 übernahm SS-Sturmbannführer Dr. Walter Kaldewey die Leitung der Bremer Nervenheilanstalt Ellen. Aus Mangel an Beweisen wurde er 1948 vom Vorwurf des Verbrechens gegen die Menschlichkeit freigesprochen, da er nicht selbst gespritzt hatte. 1940-45 begutachtete der Hirnforscher 498 Frauen und 484 Männer als nicht mehr arbeitsfähig. Die jährliche Zahl der Todesfälle verdoppelte sich.

Ab Februar 1940 wurde das für Epileptiker lebenserhaltende Medikament Luminal plötzlich abgesetzt; im Winter 1940/41 führten Überdosierungen dieses starken Schlafmittels durch Hunger geschwächte Patienten in Tod. Im August 1942 erfolgte der erste Tötungstransport nach Hadamar, der zweite nach Uchtspringe/Uckermark. Die Bombardierung des Bremer Ostens am 26. November 1943 gab dann den Vorwand für die systematische Verschickung Bremer PatientInnen in den Tod. Am 9. Dezember 1943 fuhren 207 Behinderte nach stundenlangem Warten in Winterskälte unter freiem Himmel in ungeheizten Güterwaggons dem sicheren Tode entgegen. Insgesamt 982 PatientInnen aus Ellen kamen von 1943-45 ums Leben, 126 von ihnen in der Tötungsanstalt Hadamar, 274 in Obrawalde/Meseritz. Ihr Schicksal fordert von uns verantwortliches Handeln. Die Mahnung des Bischofs von Galen vom August 1941 mag da als Richtschnur dienen: „Hast du, habe ich nur solange das Recht zu leben, solange wir produktiv sind, von anderen als produktiv anerkannt werden?"

Raimund

Den BDI in die Pflicht nehmen

USA-Abgeordnete: „Bundestag muß eingreifen"

Zwangsarbeiterinnen, Zwangsarbeiter und ihre Nachkommen haben die Beschlagnahme des Vermögens der deutschen Degussa AG gefordert. Diese Forderung hat der Vorsitzende des Vorstandes Dr. Bufe mit der Bemerkung zurückgewiesen, der Konzern habe im Nazi-Wirtschftssystem nicht rassisch gehandelt, sondern sei nur normalen geschäftlichen Tätigkeiten nachgegangen.

In einem "offenen Brief" an Dr. Bufe erinnern die Vorsitzenden der PDS, Lothar Bisky und Wolfgang Gehrcke, daran, daß die Degussa AG und das Tochterunternehmen Degesch mit der Lieferung von Zyklon B sehr wohl "rassisch tätig" gewesen seien. In einem zweiten "offenen Brief" an den Vorsitzenden des BDI, Dr. Henkel, verlangen die Vorsitzenden der PDS, der DBI möge dafür Sorge tragen, daß die Schuld der deutschen Industrie nicht in das nächste Jahrhundert verschleppt werde.

Um jeden einzelnen der 7.906.760 Zwangsarbeiterinnen, Zwangsarbeiter und deren Nachkommen die lange Prozedur einer Klage zu ersparen, möge Dr. Henkel dafür sorgen, damit die Mittel dafür sofort bereit gestellt werden.

Es wird daran erinnert, daß Dr. H. J. Abs, Vorsitzender der Deutschen Bank, als Leiter der deutschen Delegation auf der Londoner Schuldenkonferenz anfang der Fünfziger Jahre erreichte, daß die Zahlungen an die Zwangsarbeiterinnen, Zwangsarbeiter und ihre Nachkommen erst nach einem Friedensvertrag gezahlt werden müßten.

Nun sei der "Vier plus Zwei-Vertrag" ja als Friedensvertrag bewertet. So wie der RDI damals eine "Adolf-Hitler-Stiftung" gegründet habe, könne der BDI heute eine Stiftung gründen.

Über 40 Abgeordnete des US-Kongresses haben den deutschen Bundestag aufgefordert in den ganzen Prozeß der Entschädigung aktiv einzugreifen, teilte der Deutschlandfunk-Berlin mit.

Willy

Veranstaltungen

AUFSTIEG UND FALL DER VOLKSFRONT

Am **Freitag, den 06. November,** finden um 19:00 Uhr Vorträge über das Frankreich der 30er Jahre, von Helga Bories-Sawalla und Birgit Buggel-Asmus (Universität Bremen - Fachbereich 10) im Institut Français in der **Contrescarpe 19** statt.

GEDENKVERANSTALTUNG

Am **Sonntag**, den **15. November,** findet in **Bremerhaven** die alljährliche Gedenkveranstaltung des Freidenker-Verbandes und der DKP für die Opfer von Faschismus und Krieg auf dem **Wulsdorfer Friedhof** statt.

SOLIDARITÄTSBASAR

Der **Solidaritätsbasar** der Kinderhilfe Chile wird am Freitag, **27. November**, um 20:00 Uhr in den Räumen der **Stephani-Gemeinde, Faulenstraße 10,** eröffnet und am Samstag von 15 - 18 Uhr fortgesetzt. Der Reinerlös aus dem Basaraufkommen soll auch diesmal wieder für Hilfsprojekte in Vietnam, Kambodscha, Chile, Nicaragua, Kuba, Südafrika und Namibia eingesetzt werden.

Verfolgte des NS-Regimes und Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer aller antifaschistischen Richtungen gründeten 1947 die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes". 1971 öffnete sich die VVN den nachfolgenden Generationen und erweiterte sich zur VVN-Bund der Antifaschisten". Die VVN-BdA kämpft heute als parteiunabhängige, strömungs- und generationsübergreifende Organisation für die ***„Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln"*** und für den ***„Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit"*** wie es im Schwur der Häftlinge des KZ Buchenwald vom 19. April 1945 heißt.

☐ Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.

☐ Ich bin bereit, einzelne Aktionen zu unterstützen und möchte informiert werden.

☐ Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.

☐ Ich möchte den Bremer Antifaschisten probeweise/regelmäßig beziehen.

Mich interessieren vor allem folgende Themenbereiche:

☐ Einwanderer und Flüchtlinge

☐ Neofaschismus

☐ Frieden/Antimilitarismus

☐ Geschichtsforschung

☐ Erinnerungsarbeit

Name ....

Vorname ....

Straße ....

PLZ, Ort ....

Telefon ....

Geb.-Datum ....

Beruf ....

Bremen, den ....

Unterschrift ....

Bitte einsenden an:
VVN-BdA Bremen e.V., Bürgermeister-Deichmann-Str. 26, 28217 Bremen

Zwischenfall vor Onkelz-Konzert

Der *Weser-Report* berichtet in der Ausgabe vom 10.10.1998 von den Übergriffen im Vorfeld des „Böhse Onkelz"-Konzerts am 09. Oktober in der Bremer Stadthalle.

Auf dem Weg zur Stadthalle knüppelten 15 meist angetrunkene Faschos einen Fahrgast in Gröpelingen beim Straßenbahndepot nieder. Wieder einmal haben Rechte ihren "Mut" bewiesen, denn der "Gegner" war übermächtig. Erstaunlicherweise war die Polizei nach der Alarmierung durch die Straßenbahnfahrerin schnell vor Ort und versuchte erst noch groß zu beschwichtigen. Nach einigen Scharmützeln konnte sie acht oder neun Männer und eine Frau (17 bis 24 Jahre alt) zur Identitätsfeststellung in Gewahrsam nehmen. Bei den Festgenommenen handele es sich ausschließlich um BremerInnen aus Gröpelingen und Oslebshausen, berichtet die faz.

Das Konzert haben sie verpaßt. Anzeigen wegen Landfriedensbruch, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und gefährliche Körperverletzung (an drei der Beamten) wurden erstattet. Leider verschweigt der *WR* wie es dem Passanten geht. Auch die Polizei konnte keine Angaben über den Verbleib und die Verletzungen des angegriffenen Fahrgastes machen. Der Gröpelinger Grünstreifen ist voll von NPD-Spuckis. Eine Reinigungsaktion war angebracht.

Das Konzert verlief angeblich störungsfrei. Wieviele der Zuschauer Neonazis waren, wird in den Medien nicht berichtet. Die „*Böhsen Onkelz*" haben sich zumindestens öffentlich vom Rechtsradikalismus und deren Gewalt distanziert. Das Ganze scheint mir ein reines Medienspektakel zu sein, mit dem Ziel, es sich nicht mit den Nicht-Nazi-Fans zu verscherzen. Solange sie sich nicht ihre Nazifans vom Leib halten, indem sie diese ausdrücklich von ihren Konzerten "ausladen", schenke ich dem "Gesinnungswandel" keinen Glauben. Die das Konzert in Bremen "verpaßten", nehmen bestimmt die anderen Auftritte der „*Böhsen Onkelz*" wahr, solange sie nicht wieder "in Gewahrsam" genommen werden.

Gerold (AG Neofaschismus)

Forschungsobjekte

Die Würzburger Staatsanwaltschaft hat in den Räumen des Humangenetischen Instituts der Uni Würzburg eine Hausdurchsuchung durchgeführt. Dabei sollen Beweise gegen zwei Ärzte des Instituts gesammelt werden, gegen die im Zusammenhang mit Blutprobenabnahmen von ca. 160 behinderten Heimbewohnern der Würzburger St.-Josef-Stiftung ermittelt wird (siehe BAF Juni '98). Angehörige oder Betreuer der Heimbewohner erfuhren von der Probenabnahme nichts. Die Blutproben sollen für die genetische Forschung, d.h. für Diplom- und Doktorarbeiten in anonymisierter Form verwendet worden sein, doch erscheint nach den Erinnerungen von Studenten nicht einmal die Anonymität der "unfreiwilligen" Forschungsobjekte gewahrt worden zu sein. Es bleibt nur zu hoffen, daß sich die Ärzte ihres Vorrechts auf freie Forschung so sicher waren, daß sie die Beweise ihrer "Untat" nicht schon vor der Hausdurchsuchung vernichtet haben, denn die FR berichtet bereits im April darüber. Andernfalls wären die Opfer ja nur Behinderte, und wo kein Kläger ...

Ulrich St.

Geburtstage im November 1998

Marta Lehmann	01.11., 95 J.
Alma Müller	17.11., 83 J.
Elisabeth Sittig	19.11., 71 J.
Walter Franke	20.11., 72 J.
Ella Schneider	21.11., 90 J.

Herzlichen Glückwunsch allen Kameradinnen und Kameraden vom Landesvorstand

Wird im Kosovo geschossen?

Immerhin 62 Abgeordnete des Bundestags lehnten am 16.10.1998 einen Einsatz deutscher Kampfflugzeuge in d jugoslawischen Provinz Kosovo [PDS (geschlossen), Minderheiten bei SPD und GRÜNEN sowie je ein Couragierter bei FDP und CDU]. 18 Volksvertreter enthielten sich ihrer Meinung. Eine große Koalition stimmte jedoch erwartungsgemäß dafür, trotz weitverbreiteter völkerrechtlicher Bedenken. In der CDU bildete der Abgeordnete Willy Wimmer, Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, eine Ausnahme. Er sprach am Tag vor der Abstimmung von einem „Abgrund des internationalen Rechts" und von einem „Präzedenzfall, an den wir uns alle demnächst mit Schrecken zurückerinnern werden." (FR, 15.10.1998)

Der Bundeskongreß der VVN-BdA hat bereits im Juni eine Erklärung „gegen jeden Militäreinsatz im Kosovo und Jugoslawien" verabschiedet. Der Kongr verurteilte darin das Vorgehen serbischer wie albanischer Nationalisten und forderte ein Ende der „militärisch betriebenen aggressiven Außenpolitik, die das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland eindeutig verbietet." Weiter wurde ein Stopp der „zynischen Abschiebepraxis albanischer, bosnischer und serbischer Flüchtlinge" gefordert.

Thomas

Der Bremer Antifaschist ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA).

Wir sind regelmäßig erreichbar in der Bürgermeister-Deichmann-Str. 26
28217 Bremen

Tel.: 0421/38 29 14
Fax: 0421/38 29 18

E-Mail: vvn-bda.bremen@iname.com

Unsere Internetadresse:
http://www.vvn-bda.de/bremen

Montag: 17:00-18:00 Uhr
Donnerstag: 18:00-19:00 Uhr

Für unsere Arbeit werden dringend Spenden benötigt:
Die Sparkasse in Bremen
BLZ:29050101 - Konto-Nr.: 1031913

Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Die Anmeldungen von Gruppen für antifaschistische Stadtrundgänge sind entweder im Büro oder direkt unter 0421/6112 62 möglich.

Mitgliederöffentlich trifft sich montags

der Geschäftsführende Vorstand

von 18:00 - 20:30 Uhr und der

Landesvorstand jeden 4. Montag

von 18:00 - 20:30 Uhr.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluß: 10. des Vormonats

V.i.s.d.P.: Willy Hundertmark (Ehrenvorsitzender)

Bitte vormerken

Unsere **Jahresabschlußfeier** findet am **Samstag, den 05. 12., ab 15 Uhr** in der **Begenungsstätte Haferkamp** statt.
Es singen und spielen Wiebke Rendigs (ARGUS) und drei weitere Musikerinnen aus verschiedenen Gruppen. Kostenbeitrag 7,- DM pro Person. Gäste sind herzlich willkommen. Über selbst gebakkenen Kuchen und andere Spenden freuen wir uns. Rückfragen bei Tilla (611262).